

Die streikenden Pflichtarbeiter von Bischofswerda beschließen:

Mieter- und Schulstreik

Geschlossene Kampffront gegen Pflichtarbeit und Unterhaltungsabbau

Bischofswerda, 20. Juni (Eig. Bericht)

Am Anfang der vergangenen Woche beschloßen die Pflichtarbeiter von Bischofswerda einstimmig und geschlossen, für die Forderungen, Abschaffung der Pflichtarbeit, Bezahlung der zu leistenden Arbeiten zu tarifmäßigen Löhnen und Kündigung der Unterhaltungsabgabe in den Streik zu treten. Die Streikleitung umfaßt Arbeiter aller Richtungen, einschließlich nationalsozialistischer.

Bis zum Sonnabend wurde der Streik auch fastjählich geschlossen durchgeführt, trotzdem der Rat der Stadt am Freitag die Unterhaltungen der Verkehrsstraßen um ein Drittel und die der ledigen Erwerblosen um ein Drittel des bisherigen Satzes gekürzt zur Ausführung brachte.

Am Sonnabend beantworteten die Pflichtarbeiter in einer gut besuchten Versammlung die brutale Kürzung ihrer Unterhaltungsabgabe mit dem einstimmigen Beschluß, den Streik weiterzuführen. Weiter wurde beschlossen, den Kampf zu steigern und in den Mieter- und Schulstreik einzutreten. Auch die Forderungen der Polizei, die Versammlung aufzulösen, wenn weiterhin vom Streik auszugehen würde, konnte die Kampfmotiviertheit der Erwerblosen nicht beruhigen.

Notwende Entschuldigungen wurde von allen Anwesenden, vom Kommunisten bis zum nationalsozialistischen Arbeiter einstimmig angenommen:

„Wir Wohlhabendergehörenden von Bischofswerda geloben in der heutigen Versammlung gegen die Maßnahmen der Stadtverwaltung, Amts- und Kreisbauverwaltung, sowie der Landes- und Reichsregierung, den härtesten Kampf zu führen. Wir geloben weiterhin, energisch die aufgestellten Forderungen bis auf äußerste zu verteidigen.“

Künftig demontrieren die gesamten Anwesenden in einem Zuge, wie ihn Bischofswerda seit 1923 nicht mehr gesehen hat, zum Rathaus. Eine Delegation überbrachte dem Rat der Stadt den Beschluß der Versammlung.

Die Pflichtarbeiter von Bischofswerda sind überzeugt, daß sie in ihrem Kampf nicht allein stehen, daß vielmehr auch die Erwerblosen der anderen Städte und Dörfer durch den brutalen Unterhaltungsabbau und die Zwangsarbeit zum Kampf übergeben werden.

Pflichtarbeiterrieg in Delsnis i. B.

Die Pflichtarbeiter in Delsnis im Erzgebirge hatten seit dem 14. Juni die Pflichtarbeit abgelehnt. Der Streik wurde ziemlich einheitlich durchgeführt, es gab nur wenige Streikbrecher. Nachdem die von den Kommunisten im Stadtparlament gestellten Forderungen (wie bereits bereits darüber) angenommen worden waren, hat der Stadtrat den Beschluß durchgesetzt, die Pflichtarbeit wird eingestellt und die Pflichtarbeiter werden bei vollem Gemeindegeldsatz bezahlt.

Die Wohlfahrtsunterstützung, die vorige Woche gekürzt ausgeht worden war, wurde diese Woche ebenfalls wieder vollständig ausgezahlt.

Antifaschistischer Aufmarsch in Zwickau

Nazis provozieren und schließen auf Dresdner Kameraden

Der glänzende antifaschistische Aufmarsch am gestrigen Sonntag in Zwickau war ein beachtlicher Ausdruck für den immer härter wachsenden Kampfwillen der Arbeiterklasse. Nachdem bereits am Sonnabend in Zwickau, Glauchau, Weibau, Grimmitzschau, Weina, Rirchberg, Pöhlstein-Callenberg, Plaußitz und Hohndorf sehr hart belagerte Kundgebungen stattgefunden hatten, beteiligten sich am Sonntag vormittag mehr als 8000 Arbeiter an der Demonstration. Über 1000 Angehörige der proletarischen Wehrorganisation marschierten uniformiert auf. Der gewaltige Zug, der durch viele Transparente belebt war auf denen zum Eintritt in die Kommunistische Partei, zur Bildung der roten Einheitsfront, zum antifaschistischen Kampfwillen aller Werktätigen in der antifaschistischen Aktion und zum Kampf für die Aufhebung des R.A.F. Verbot aufgefordert wurde, wurde von tausenden leuchtend leuchtenden Kerzenleuchten illuminiert.

Die SPD und das Reichsbanner hatten — um ihre Mitglieder vom gemeinsamen Kampfaufmarsch abzuhalten, ein Kom-

Die Plakette „Antifaschistische Aktion“



lial soeben fertiggestellt in den nächsten Tagen wird sie in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in den Häusern und auf dem Lande zum Verkauf angeboten. Jeder Antifaschist muß diese Plakette erwerben, um die Verbundenheit aller Werktätigen in der Antifaschistischen Aktion zu dokumentieren.

Sorgt für Massenvertrieb im Betrieb und an der Stempelstelle!

Erste Kampferfolge bei Nazi-Welzel

Kündigung der Drucker und des Chauffeurs zurückgenommen. 2 Arbeiterinnen leisten Streikbrucharbeit. Gemeinsamer Kampf der Drucker und Hilfsarbeiter führt zum Sieg

Der Kampf in der Nazi-Druckerei Welzel, Völsky, 8. Bl. weiter. Wie uns mitgeteilt wird, ist durch das Eintreten der „Arbeiterstimme“ für die Arbeiter der Firma Welzel die Leistung des Stammschäftens Hilfsarbeiterverbandes bewahrt worden. Verhandlungen mit der Polizei über die Genehmigung des Streikpolizeistrebens zu führen. Dabei wurde erreicht, daß ab vergangenen Freitag die Streikenden zu über die Eingänge gehen dürfen. Bis hierher haben die Angriffe der Polizei und der Arbeitsämter gegen einander. Während die Polizei behauptete, von einem „sachlichen“ Streik könne keine Rede sein, erklärte das Arbeitsamt die Bewegung als Streik und lehnte die Unterhaltungsabgabe ab.

Die Kündigungen gegen die Drucker und den Chauffeur hat Welzel unter dem Druck der Öffentlichkeit nicht durchgeführt. So zeigen sich die ersten Erfolge der geschlossenen Kampffront.

Am Donnerstag haben zwei Arbeiterinnen die Arbeit zu dem gefassten Lohn aufgenommen. Die Unternehmer versuchen, mit Hilfe dieser Streikbrecher die Arbeit der entlassenen Hilfsarbeiter durchzuführen. Durch das abwartende Verhalten der noch im Betrieb verbliebenen Buchdrucker wird aber dem Unternehmer die Möglichkeit gegeben, die wichtigsten Arbeiten fertigzustellen.

Schuld an diesem Zustand ist die Gewerkschaftsbürokratie, die durch ihr unentschiedenes Handeln den gemeinsamen Kampf der Buchdrucker und Hilfsarbeiter unterband. Die einheitliche Kampffront herzustellen, ist das Gebot der Stunde. Nur so wird es möglich sein, die Angriffe des Unternehmers abzuwehren und zur Gegenoffensive überzugehen.

In unserer Verantwortung hat sich ein Parteimitglied eingeschrieben. Die Unterstützung des Hilfsarbeiterverbandes, der auf dem Arbeitsamt zugewiesen, ist natürlich berechtigt, da die Hilfsarbeiter regelmäßig entlassen wurden.

Die Landtagswahlen in Hessen

KPD gewinnt gegenüber dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl. Nazis profitieren aus dem Zusammenbruch der bürgerlichen Mitte

Berlin, 20. Juni (Eig. Dichtbericht)

Die gestern in Hessen stattgefundenen Landtagswahlen brachten folgendes Ergebnis:

	Reichspr. Wahl	Landtag
KPD	82.111	70.384
SPD	172.851	168.101
Zentrum	108.603	112.444
SPD und KPD	11.897	23.108
Deutschnationale	11.195	10.857
NSDAP	328.308	311.039
Französische	4.929	4.813
Nationale Einheitsliste	25.275	65.208

Die Wahlbeteiligung war bedeutend schwächer als bei der letzten Landtagswahl. Die KPD konnte trotz dem 2. Wahlgang

der Reichspräsidentenwahl annähernd 12.000 Stimmen aufholen. Die Nazis haben bei der letzten Landtagswahl noch 47.000 Stimmen gewonnen, hauptsächlich aus Reihen der „Nationalen Einheitsliste“ (SPDpartei, Staatspartei, Sozialdemokratische Christlich-Sozialer Volksdienst, Volksrechtspartei). Die SPD verlor 400 Stimmen. Das Zentrum hat einige tausend Stimmen verloren, während die SPD 4000 Stimmen aus dem Lager der SPD und Franzosen aufholte. Eine schwere Niederlage erlitten die katholischen SPD-Führer. Obwohl die SPD sich Bruchstücke der Stimmen hatten, konnten sie nicht einmal die Hälfte der Stimmen erzielen, die sie bei den letzten Landtagswahlen aufbrachten. Dadurch wird ihr fortwährender Verbruch unterstrichen, das sie durch die Unterstützung der eigenen Völkchen begreifen.

Die heftigen Landtagswahlen sind eine neue starke Bestätigung an die Partei und die revolutionäre Massenbewegung, die Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Antifaschistischen Aktion zu vertiefen. Im Rahmen der Organisation der Kampfe gegen Völk und Unterhaltungsabbau, gegen den Nazi-Terror und alle faschistischen Verbrechenmaßnahmen gilt es, die Arbeitermassen zur Reichstagswahl für die Wahl der KPD-Liste als Kampflinie gegen die Bourgeoisie zu gewinnen.

Folgende Entschädigung wurde einstimmig angenommen: Dem bisher streikenden Arbeiter, ebenso wie die Angehörigen der SPD und deren Verwandten, werden die Arbeitsplätze zu übertragen. In die rote Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion zu treten und so neue arbeiterfeindliche Betragsmanöver der SPD und Gewerkschaftsführer zu verhindern.

SPD-Führer gegen gemeinsame Kampffront der Arbeiter

Ihre Antwort auf den klaren Vorschlag der KPD: Ablenkung mit Ausflüchten SPD-Arbeiter, hinein in die gemeinsame Kampffront

Am Sonnabend veröffentlichten wir einen Auszug aus dem Aufruf der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD an alle Arbeiter und Organisationen zum gemeinsamen Kampfwort und Proteststreik gegen Faschismus und Noterordnungen.

Die Bezirksverbände der SPD, des NSDAP, des Reichsbanners und der anderen legaldemokratischen Organisationen gehen in ihrer Antwort mit feiner Silbe auf den konkreten Vorschlag einer gemeinsamen antifaschistischen Kundendemonstration der Berliner Arbeiter gegen Papen-Sittler ein. Diese Führer der „Eisernen Front“ beschimpfen die kommunistischen Arbeiter mit der Verleumdung, daß sie „mit den Faschisten im- und außerhalb der Parlamente“ zusammengehen und verlangen im gleichen Atemzug, daß die Angriffe der kommunistischen Partei gegen unsere Organisationen und ihre Führer eingestellt werden.“

Nicht ein Wort über die notwendigen Kampfmaßnahmen, nicht ein Wort zu den konkreten Vorschlägen der Kommunisten! Eine Sorge nur damit die Führung der „Eisernen Front“: Wie retten wir die legaldemokratischen Reichstagskandidaten?

Die SPD- und NSDAP-Führer, die zur Wahl Hindenburgs aufrufen und damit der Papen-Regierung den Weg ebneten, wollen Anwerbe für ihre arbeiterfeindliche Loserstrategie. Aber die Arbeiterklasse kann nicht darauf verzichten, aus den Erfahrungen des Klassenkampfes die notwendigen Lehren zu ziehen. Und die wichtigste Lehre für die Schaffung der roten Einheitsfront ist die, daß die Loserstrategie der SPD die beste Hilfe für den Faschismus ist.

Wiederum haben die Führer der SPD und des NSDAP festgestellt, daß die Regierung der Schwerindustrie, die Nazibaronen und Generale die Rechts- und Freiheiten der Arbeiterklasse auf das schwerste bedroht. Jawohl, diese Regierung, die der unmittelbaren Ausrichtung der faschistischen Diktatur dient, diese Kriegsverwaltung, die alle Arbeiterrechte raubt, muß so schnell wie möglich verschwinden. Aber die Ablehnung des kommunistischen Vorschlags zur Kundendemonstration und zum Streik ist nichts anderes, als eine legale Unterbrechung der Papen-Diktatur durch die SPD-Führer.

Wenn die Arbeiter und Werktätigen geschlossen aufmarschieren, wenn diese Massen zur Waffe des politischen Willens greifen, dann hat das letzte Stündlein für die Papen-Regierung geschlagen. Das sollen die SPD-Arbeiter erkennen und danach handeln.

Kampfausflug im Chemnitzer Giltwert

In einer am Freitag, dem 17. Juni, stattgefundenen Delegiertenversammlung des Elektrizitätswerkes Chemnitz wurde ein Einheitsausflug der Antifaschistischen Aktion gebildet. Einmütig wählten parteilose, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter diesen Einheitsausflug. Der sich folgendermaßen zusammensetzt: 1 SPD, 3 KPD, 1 SAV, 2 parteilose Arbeiter. Die Delegiertenversammlung hat dem Einheitsausflug beauftragt, ein betriebliches Kampfprogramm zur Durchführung der Antifaschistischen Aktion auszuarbeiten.

Arbeiterfrauen reißen sich in die Antifaschistische Aktion ein

Am Sonnabend fand im Hindengarten in Dresden-Stroh eine sehr gut besuchte Frauenerversammlung statt. Die Hausfrauen nahen das Referat der Genossin Rette begeistert auf.

Folgende Entschuldigungen wurden einstimmig angenommen: Dem am Sonnabend, dem 18. Juni, im Hindengarten, Dresden-Stroh, zahlreich versammelten werktätigen Frauen besahen den Aufruf des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands zur Durchführung der Antifaschistischen Aktion. Die werktätigen Frauen sprachen ganz besonders die Kommunisten der Antifaschistischen Aktion gegen die Arbeiterfeindlichkeit. Die neue Notverordnung raubt uns bald das letzte Stück Brot.

Die Beiratsmänner leben in den täglichen Kämpfen. Sie sind in allen Städten und Orten abgesetzt, den Willen der Arbeiterklasse, sich gegen die vollkommene Verleumdung zu wehren.

Überall ist zu verzeichnen, daß die Frauen in vornehmer Weise sind. Zum Zeichen ihrer Verbundenheit und ihrer Kampfbereitschaft mit dem gelamten revolutionären Proletariat gegen den antisocialistischen Einheitsausflug am Sonntag in Dresden und belegen für diesen Kongreß drei wertvolle Frauen.“

Drei parteilose Arbeiterinnen wurden als Delegierte gewählt.